Thorner Zeitung



Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefte. ins Haus gebr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 57 | Sonnabend, 8. März | 1919

Neueste Nachrichten.

Vertreter der deutschen Waffenstillstandskommission in Bromberg.

Bromberg, 7. März. (Dr.) Am Mittwoch, dem 5. März, traf hier abends eine Reihe deutscher Vertreter der Waffenstillstandskommission des Auswärtigen Amtes, der Obersten Heeresleitung und der preußischen Verwaltung ein. Bis tief in die Nacht hinein fanden Besprechungen im engsten Kreise mit Vertretern der Zivil- und Militärdehörden statt. Am Donnerstag um 9 Uhr wurde im Regierungsgebäude unter Leitung des Regierungspräsidenten eine Sitzung abgehalten, in der die Führer der deutschen Abordnung Wirklicher Geheimrat Gouverneur a. D. Freiherr von Rechenberg und inaktiver Staatsminister Drews die Wünsche der deutschen Bevölkerung entgegennahmen. Erschienen waren Vertreter des A.- und S.-Rats, der Militär- und Zivilbehörden, der Landkreise Bromberg, Wirsitz und Czarnikau sowie der Stadt Nakel, der Handels- und Handwerkskammern und der stellvertretenden Landwirtschaftskammern, des deutschen Volksrates, des deutschen Bürgerrates und der Beamtenverbände sowie der Flüchtlingskommissar. Um 12 Uhr empfingen die Exzellenzen von Rechenberg und Drews eine aus drei Herren bestehende polnische Abordnung, die die polnischen Wünsche zum Vortrag brachten. Die weiteren Verhandlungen werden nunmehr in Posen stattfinden, wohin sich die Mehrzahl der deutschen Vertreter begeben hat.

Von der deutsch-polnischen Front.

Bromberg, 7. März. (Dr.) Die Polen denken garnicht daran, die Waffenruhe einzuhalten. Gestern 10 Uhr vormittags zeigte sich westlich der Straße Nakel—Steinburg eine polnische Patrouille, die Schleuse 11 beschoß und erst durch unser Feuer vertrieben werden mußte. Um 6 Uhr nachmittags wurde auch Schleuse 10 von ihr beschossen. Um 11 Uhr nachmittags erhielt einer unserer Posten an der Chausseebrücke Lindendorf Feuer von einer polnischen Patrouille. Nach Aussage von polnischen Soldaten in Gegend Nakel ist ihnen erst jetzt der Waffenstillstand bekanntgegeben worden.

Schwere Straßenkämpfe in Berlin.

Berlin, 6. März. (Dr.) Seit Mitternacht spielen sich schwere Kämpfe um das Polizeipräsidium ab. Die Spartakisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie, sodaß das Gebäude stark beschädigt wurde. Eine Verbindung mit dem Polizeipräsidium ist unmöglich, da alle Zugangsstraßen von Spartakisten besetzt und die Telephonleitungen zerschnitten sind. Außer der Marinevolksdivision und einem Teil der republikanischen Soldatenwehr ist auch ein Teil der „Maikäfer“ und das 2. Garderegiment zu den Aufrührern übergegangen. Die nächtlichen Kämpfe sollen bisher 8 Tote und eine erhebliche Anzahl Verwundeter gekostet haben.

Lloyd George fordert schärfere Bedingungen gegenüber Deutschland.

Paris, 6. März. (Dr.) In der Sitzung des Obersten Kriegsrats am Donnerstag nachmittag drang Lloyd George darauf, daß Deutschland gegenüber klar, fest und schnell gehandelt werde. Der Waffenstillstand werde auch politische Folgen für die Leiter der Regierungen haben. Lloyd George verlangte besonders eine Verschärfung der Bedingungen bezüglich der deutschen Truppenbestände. Die Besprechung der militärischen Bedingungen wurde deshalb auf Freitag vertagt. Die Frage des Schicksals der deutschen Flotte und ihrer Verteilung unter die Alliierten würde noch erwogen. Die Sitzung zeigte das völlige Einvernehmen der Alliierten betreffend die Entwicklung Deutschlands.

Die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung abgebrochen.

Durch ein Sonderblatt der „Thorner Ztg.“ wurde am Donnerstag abend in Thorn die Nachricht verbreitet, daß die Verhandlungen in Spaa über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln abgebrochen seien. Die amtliche Meldung, die uns von Wolffs Bureau drahtlich übermittelt worden war, lautet:

Berlin, 7. März. (W. T.-B.) Die Verhandlungen in Spaa über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die Auslieferung der Handelsflotte und die damit in Zusammenhang stehenden finanziellen Vereinbarungen sind abgebrochen worden, nachdem die Alliierten auf der sofortigen Auslieferung der deutschen Handelsflotte bestanden, ohne bindende Versprechungen für die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu übernehmen.

Zur Ergänzung dieser Nachricht ging uns heute noch die folgende Meldung zu:

Berlin, 6. März. (Dr.) Zum Schluß der Waffenstillstandsverhandlungen in Spaa bemerkte Unterstaatssekretär von Braun, er halte es für wenig wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung in dieser Lebensfrage nachgeben könnte. Die Erledigung der laufenden Angelegenheiten wird durch den Abbruch der Verhandlungen nicht berührt, sondern geht nach wie vor weiter. Im Anschluß an den Abbruch der Verhandlungen wurde eine Note übergeben, in der der Standpunkt der Regierung dargelegt wird.

Der ganze Ernst der Lage, dessen sich weite Kreise der Bevölkerung immer noch nicht bewußt zu sein scheinen, tritt uns aus diesen Mitteilungen mit erschreckender Deutlichkeit entgegen. Erkennen wir doch daraus, daß die Feinde nicht die Absicht haben, das von Wilson bei Abschluß des Waffenstillstandes gegebene Versprechen, Deutschland Lebensmittel zukommen zu lassen, in die Tat umzusetzen. Abermals ist das Vertrauen, das wir in die Zuverlässigkeit der Zusagen Wilsons gesetzt haben, schmählich enttäuscht; denn es ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit der für „Kultur, Zivilisation, Menschlichkeit, Recht“ und anderes mehr kämpfenden Feinde, daß sie uns zumuten, mit unserer Handelsflotte das letzte Mittel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau aus der Hand zu geben, ohne daß sie uns Sicherheiten für unsere Lebensmittelversorgung bieten. Wären unsere Unterhändler auf die bedingungslose Auslieferung unserer Handelsflotte eingegangen, so hätten wir zu gewärtigen gehabt, daß uns hinterher der Feind, anstatt uns Lebensmittel zu schicken, wegen unserer dummen Vertrauensseligkeit verhöhnt hätte. Dem ist der Abbruch der Verhandlungen über diesen Gegenstand beiweitem vorzuziehen; denn die Verpflichtung des Feindes, unser Volk vor dem langsamen Verhungern zu bewahren, besteht fort. Er müßte sie, nachdem wir wehrlos geworden sind, unter allen Umständen erfüllen. Will er das nicht, so wird ihn auch kein Verzicht auf den letzten Rest unseres Rechtes, als vertragschließende Partei angesehen und behandelt zu werden, dazu bewegen. Er wird dann eben, ob so oder so, die Gewalt des Siegers, der wir uns leider auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert haben, rücksichtslos gegen uns anwenden. Was daraus entstehen kann, wissen wir heute noch nicht, aber wir haben es wenigstens abgelehnt, dem Feinde zur Ausführung dieser Absicht weiter behilflich zu sein. Für die Zukunft bleibt uns der schwache Trost, daß die Weltgeschichte ihm die Verantwortung für all das Furchtbare aufbürden wird, das im Gefolge einer Hungersnot über uns hereinbrechen müßte. Denn die Möglichkeit, den Aufruhr im Innern zu bannen, besteht nur, wenn die Ernährung der Gesamtheit des Volkes gesichert erscheint. Verschärfung der Hungersnot ist gleichbedeutend mit Bürgerkrieg. Noch stehen wir in den Anfängen dazu. Der Feind will dafür sorgen, daß wir den Bürgerkrieg nicht mehr abzuwenden vermögen; denn darin sieht er die beste Gewähr für die völlige Vernichtung Deutschlands auch von innen heraus.

Die Regierungstruppen als Sieger in den Straßenkämpfen von Berlin.

Berlin, 6. März. (Dr.) Der heutige Tag hat den Regierungstruppen in schweren Straßenkämpfen einen restlosen Erfolg gebracht. Die Volksmarinedivision mit Teilen der republikanischen Soldatenwehr hat sich im Marinehause verschanzt. Gleichzeitig versuchten die Spartakisten seit heute nacht, das Polizeipräsidinm zu stürmen. Alle erbitterten Angriffe wurden von den Verteidigern zurückgeschlagen. Das Marinehaus erhielt drei Volltreffer von schweren Feldgeschützen. Die Verteidiger verließen das Gebäude fluchtartig. Der Alexanderplatz und die umliegenden Straßen wurden von Formationen der Garde-Kavallerie-Division erstürmt. Der Erfolg der Truppen ist ein voller.

Berlin, 6. März. (Dr.) Durch einen umfassenden Angriff der Regierungstruppen ist die innere Stadt, die von den Spartakisten besetzt war, genommen worden. Einige Spartakistennester müssen noch gesäubert werden.

Berlin, 6. März. (Dr.) 7.30 Uhr abends. Die Teilkämpfe im Stadtinnern sind abgeschlossen. Auf Seiten der Regierungstruppen sind die Verluste verhältnismäßig gering. Zahlreiche Gefangene wurden gemacht.

Berlin, 6. März. (Dr.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, befindet sich das Polizeipräsidium restlos in den Händen der Regierungstruppen.

Berlin im Dunkeln.

Berlin, 6. März. (Dr.) Der Generalstreik hat sich auf die Elektrizitätswerke ausgedehnt. Seit 7 Uhr abends ist Berlin ohne elektrisches Licht.

Russische Bolschewisten erschießen ihre Offiziere.

Amsterdam, 6. März. (Dr.) „Allgemeen Handelsblad“ meldet aus London: Nach einem Bericht der „Times“ aus Helsingfors berichtet „Isweshtija“, daß am 26. Februar etwa 17 Oberoffiziere, darunter 2 Generale und 5 Obersten, erschossen wurden, weil sie ihre Stellungen bei der bolschewistischen Militärverwaltung dazu benutzten, Desertionen nach der ukrainischen Front und der Donfront zu organisieren.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

(Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkbetrieb-Verwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar übermittelt durch die Funkenstation in Thorn.)

Weimar, den 6. März. Die Mittwoch-Sitzung der Deutschen Nationalversammlung war in ihrer ganzen Ausdehnung der Besprechung einer Interpellation der deutsch-nationalen Abgeordneten Arnstadt und Genossen über die Verhältnisse im Osten, insbesondere in der Provinz Posen, gewidmet. Die Begründung der Interpellation wurde von der Abgeordneten Käthe Schirrmacher von der deutsch-nationalen Volkspartei, vorgenommen, die in beweglichen und bewegten Worten die Schicksale der deutschen Bevölkerung in dem leider von Polen besetzten Ostgebiet schilderte. Die Rednerin stammt selbst aus dem von Polen bedrängten Westpreußen, aus Danzig, und nach ihr kam mit Klagen und Schilderungen noch mancher Bewohner der Ostmark, wie der Abgeordnete Professor Bormann zum Wort.

Schon der Reichsminister Erzberger, welcher der Begründerin der Interpellation antwortete, machte aber darauf aufmerksam, wieviel Schuld an den gewiß schwer erträglichen Verhältnissen im Osten die frühere Politik der jetzt interpellierenden Partei trage. Dies blieb das Zeichen der ganzen Debatte; eine Reihe von Klagen über die östlichen Gefahren und dazwischen immer wieder Abrechnungen mit dem alten System — dessen Polenpolitik gerade schon zwei Sitzungen vorher der Abgeordnete Schücking gegeißelt hatte — und Hoffnungen auf Besserung der Gegenwart und eine gewisse Zukunft der Völkerversöhnung, die gerade für die beiden materiell so sehr aufeinander angewiesenen Staaten Polen und Deutschland von größter Wichtigkeit ist.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 7. März 1919.

— **Katholische Militärgemeinde.** Vom Sonntag, dem 9. März ab beginnt der Militärgottesdienst in der St. Johannes-Kirche, Seglerstraße, nicht mehr um 8 Uhr vormittags, sondern 15 Minuten später, also 8.15 Uhr. Jeden Sonnabend von 5 Uhr nachmittags ab Beichtgelegenheit im Beichtstuhl des Chors und im 2. Beichtstuhl rechts im Schiff der Kirche; ebenso jeden Sonntag von 7.30 Uhr ab.

— **Ein Taubstummengottesdienst** wird wieder Sonntag, den 9. d. Mts., nachm. 2 Uhr im Konfirmandenzimmer der Kirche durch Herrn Pfarrer Jacobi gehalten werden.

— **Gleichstellung der Landarbeiter mit den Selbstversorgern in der Ernährung.** Ein Erlaß des Staatssekretärs des Reichsernährungsamtes vom 8. 2. 1919 sichert den auf das Land ziehenden Arbeitern die gleiche Ration für ihre Ernährung zu, wie sie die Selbstversorger des Landes beziehen. Arbeiter, die in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben Stellung nehmen und nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen noch keinen Anspruch auf die Ration der Selbstversorger haben, sind also von jetzt ab für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses als Selbstversorger zu behandeln. Es ist anzunehmen, daß dieser Erlaß, der den Arbeitern, die Landarbeit aufnehmen wollen, in weitestgehender Weise entgegenkommt, seine Wirkung nicht verfehlen und erhöhten Anreiz zur Arbeitsaufnahme auf dem Lande bilden wird.

— **Leichte Besserung des Arbeitsmarktes.** Der Arbeitsmarkt im Reiche zeigt eine geringfügige Besserung. Die offenen Stellen in der Landwirtschaft sind zurückgegangen, die Notstandsarbeiten sind überall wieder im Gang; das Baugewerbe konnte, soweit es die Rohstoffe zuließen, stellenweise wieder aufgenommen werden. Im Bergbau ist der Bedarf an Arbeitskräften nach wie vor groß, während in der Industrie das Heer der Arbeitslosen immer mehr anschwillt. Nur für Tischler u. Stellmacher, Schuhmacher u. Schneider bietet sich noch Arbeitsgelegenheit in größerem Umfange. Die Stellenbesetzung mit weiblichen Arbeitskräften für die Landwirtschaft und Privathaushalungen hat sich etwas gebessert, jedoch bleibt der Bedarf nach wie vor groß. Die Tatsache, daß die Arbeitslosenunterstützung namentlich für größere Familien noch immer einen höheren Verdienst bedeutet, als tätige Arbeit ihn erzielte, erzeugt fort-

dauernde Unzufriedenheit und stärkt die Arbeitsunlust.

— **Besondere Verwaltung für die Kreise Hohensalza und Schubin.** Ebenso wie für die von den aufständischen Polen unbesetzten Teile des Kreises Bomst und des Kreises Czarnikau hat der Regierungspräsident in Bromberg für die unbesetzten Teile der Kreise Hohensalza und Schubin eine besondere Verwaltung eingerichtet, die von dem Regierungsrat Hoffmann wahrgenommen wird, dessen Vertreter der Kreissekretär Schweigert ist. Die Verwaltung führt die Bezeichnung: Kreiskommissar Hohensalza—Schubin. Sie befindet sich im Regierungsgebäude in Bromberg, Zimmer 39. Dieser Verwaltung unterstehen für die Wahrnehmung der kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten ein Wirtschaftsamt, eine Kreiskornstelle, eine Kreisfleischstelle, eine Kreisfettstelle eine Kreiskartoffelstelle, die sämtlich ihren Sitz in Argenau haben. Seitens des Kreiskommissars ist eine Verfügung ergangen, welche die Lieferung von Lebensmitteln aller Art nach dem von den aufständischen Polen besetzten Teile des Kreises Hohensalza verbietet, und die Einwohner zur verstärkten Ablieferung der Landeserzeugnisse an die neueingesetzten Kreisstellen in Argenau auffordert, die ihre Ueberschüsse der allgemeinen Volksernährung zuführen werden.

— **Kohlennot und Volksernährung.** Man schreibt uns: Der Zusammenhang zwischen der durch die Streiks so empfindlich gesteigerten Kohlennot und der Volksernährung wird sich voraussichtlich auch in unserer Provinz demnächst für die Bevölkerung unliebsah kemerkbar machen. Da von den beiden westpreußischen Raffinerien die eine seit Mitte Dezember wegen Kohlenmangels aufhören mußte, Rohzucker zu bearbeiten und die andere, falls eine Besserung in der Kohlenzufuhr erfolgt, diesem Beispiel in kurzer Zeit folgen muß, steht dem Handel z. Zt. nicht diejenige Menge an Verbrauchszucker zur Verfügung, die es ermöglichen würde, daß jeder Verbraucher seine Monatsmenge schon im Anfange des Monats erstehen könnte. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß im März statt Raffinade vielfach wird Rohzucker geliefert werden müssen. Wer damit unzufrieden ist, wird seine Mißstimmung gegen diejenigen richten müssen, die durch unsinnige Streiks oder durch Arbeitsscheu die Kohlenförderung und die Transportverhältnisse auf ihren jetzigen Tiefstand gebracht haben.

— **Kampf gegen den Schleichhandel im Wollgewerbe.** In seiner Sitzung vom 21. Februar 1919 hat der Gesamtausschuß der Reichswirtschaftsstelle für Wolle, der sich aus den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie, der Konfektion, der Angestellten und Arbeiterschaft zusammensetzt, als die maßgebende Vertretung des deutschen Wollgewerbes einstimmig beschlossen, die auf diesem Gebiet bisher von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung geführte Wirtschaft mit dem 1. März 1919 zu übernehmen und fortzuführen. Im gemeinsamen Interesse aller am Wollgewerbe Beteiligten werden die von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung bisher ergangenen Bekanntmachungen betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht am 1. März 1919 neu erlassen. Diese Bekanntmachungen, die auch die Wiederbeschlagnahme der Kunstbaumwolle einschließen, sind im Reichsanzeiger veröffentlicht. Die Reichswirtschaftsstelle für Wolle ist, um ihre Aufgabe zu erfüllen, genötigt und entschlossen, für Ordnung in der Wirtschaft zu sorgen und mit allen Mitteln rücksichtslos gegen den Schleichhandel vorzugehen. Es werden daher umfangreiche Revisionen sofort eingeleitet werden. Jeder, der gegen die Bekanntmachungen verstößt oder die Revisoren an der Ausübung ihrer Tätigkeit verhindert oder zu verhindern versucht, wird strafrechtlich verfolgt werden. Da die Fortführung der Wirtschaft nur unter geordneten Verhältnissen möglich, andernfalls ihr Zusammenbruch unvermeidlich ist, ergeht an alle Beteiligten die Aufforderung, die Wiederherstellung der Ordnung mit allen Kräften zu unterstützen und die ernste Mahnung, Verstöße jeglicher Art unbedingt zu unterlassen.

— **Vorsicht beim Genuß von geschmuggeltem Schweinefleisch.** Man schreibt uns: Es ist bekannt geworden, daß Schweinefleisch in größeren Mengen über die Grenze gebracht wird und zur Verwendung gelangt, ohne auf Trichinen untersucht zu sein. Zum Teil sollen die Fleischstücke fälschlicherweise mit dem Stempel „Trichinenfrei" in blauer Farbe versehen sein, um bei den Käufern den Eindruck zu erwecken, daß tatsächlich eine Untersuchung auf Trichinen stattgefunden hat. Es wird daher auf die gesundheitlichen Gefahren aufmerksam gemacht, die die Verwendung dieses nicht untersuchten Schweinefleisches mit sich bringt und eindringlich hiervor gewarnt. Ein Abkochen der Fleischstücke wäre zwar in einigen Fällen als Schutzmittel anzusehen, bei stärkerer Versetzung mit Trichinen gilt jedoch nach § 34 des Fleischbeschaugesetzes der ganze Tierkörper als völlig untauglich zum Genuße für Menschen.

— **Preise für Kaffee-Ersatzmittel.** Der Zivilbevölkerung konnten seither nur gemahlene Kaffee-Ersatzmittel zugeführt werden, da der reine Gerstenkaffee ausschließlich an die Heeresverwaltung ging. Durch den geringeren Bedarf der letzteren wird künftig auch der Zivilbevölkerung wieder etwas reiner Gerstenkaffee zugeführt werden können. Dies macht eine Regelung der Höchstpreise für Gerstenkaffee nötig. Eine Verordnung des Reichsernährungsministers setzt die Preise für Kaffee-Ersatz aus Getreide oder Malz, also für Gerstenkaffee auf dieselbe Höhe, wie sie für die gewöhnlichen sogenannten gemahlenen Kaffe-Ersatzmittel schon jetzt bestehen. Es besteht also künftig ein Einheitshöchstpreis für Kaffee-Ersatzmittel in der Höhe der derzeitigen Höchstpreise für gemahlene Kaffee-Ersatzmittel. Diese betragen im Kleinhandel bekanntlich 1,16 M. für 1 Pfund gepackte bezw. 1,12 M. für 1 Pfund lose Ware. Die besondere Preisfestsetzung für Feigenkaffee und Kaffee-Essenzen durch den Kriegsausschuß bleibt hierdurch unberührt.

— **Eine Erhöhung der Schuhwarenpreise** ist eingetreten. Die Lederpreise sind um 10 Prozent erhöht worden, ebenso wurde mit der Arbeiterschaft ein neuer, erhöhter Reichslohntarif abgeschlossen. Die Lederverteilung soll künftig auf Grund des Friedensbezuges und zwar ohne Bewilligung irgendwelcher Ausnahmezuteilungen erfolgen. Die Anforderungen in Oberleder seien so groß, daß nach dem seitherigen Verteilungsschlüssel kaum noch 25 Prozent verteilt werden können.

— **Bruch des Waffenstillstandes durch die Polen.** In der Nacht vom 5. zum 6. 3. griffen die Polen mit starken Kräften unter Mitwirkung von 3 Maschinengewehren unsere Postierungen bei Johannisdorf überraschend an. Der Angriff wurde abgeschlagen.

— **Revision einer polnischen Bank.** Mittwoch Mittag wurde die hiesige polnische Bank „Bank Związku Spółek Zarobkowych" durch 5 Militärpersonen einer Revision unterzogen.

— **Thorner ev.-kirchl. Blaukreuzverein.** Wie aus dem Anzeigeteil hervorgeht, veranstaltet der Verein nach jahrelanger Unterbrechung in der Aula der Mädchen-Mittelschule, einen seiner früher so beliebten Familienabende.

— **Ueber die deutschen Volksräte,** ihre Ziele und Organisation, hielt gestern Herr Geheimer Regierungsrat Cleinow aus Bromberg in der Aula des Gymnasiums vor geladenen Gästen einen Vortrag, in dem er ausführte, es sei höchste Zeit, daß an die Stelle gegenseitiger Beschuldigungen die gemeinsame Arbeit aller Deutschen trete. Der Gedanke, der den Volksräten zugrunde liegt, ist die Heranziehung weiterer Kreise zur Beteiligung am politischen Leben, also gewissermaßen die Sozialisierung der Politik. Die deutschen Volksräte sind den viel älteren polnischen nachgebildet. Ihre Losung heißt nicht: „Gegen die Polen", sondern: „Für uns". Die Polen haben daher auch die Volksräte in den von ihnen besetzten Gebieten anerkannt. Wir müssen es ablehnen, die mit uns zusammenlebende Nationalität beherrschen zu wollen. Die wichtigste Aufgabe der Volksräte ist, den Gedanken der Arbeit wieder zu erwecken, und insbesondere die heranwachsende Jugend zur Arbeit zu erziehen. Zu diesem Zweck sollen besondere Fachabteilungen gegründet werden. Eine weitere überaus wichtige Aufgabe erwächst den Volksräten aus der Beschaffung von Land für die Ansiedelung derjenigen Bevölkerungsteile, die sonst dem Vaterlande durch Auswanderung verloren zu gehen drohen. Schließlich gilt es auch, die noch immer bestehenden Klassengegensätze zu überbrücken und den gerade im Osten so sehr ausgeprägten Kastengeist auszutreiban. Der Vortragende sprach dann noch über die Organisation von Volksräten und machte Vorschläge zur Beschaffung der nötigen Mittel. Für Thorn sei ein Volksrat im Verhältnis zur Bevölkerungszahl zu wenig, es könnten hier etwa deren acht gegründet werden. Weiter empfahl er die Einrichtung von Instruktionsstunden für die Ausbildung der Jugend. — An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich u. a. Herr Kreisbaumeister Krause, der sich mit warmen Worten für die vom Vorredner bezeichneten Ziele einsetzte, und Herr Oberbürgermeister Dr. Hasse, der unter dem Beifall der Anwesenden das öffentliche Geheimnis aussprach, daß sich in Thorn ein Teil der deutschen Bevölkerung bereits für den Fall einrichte, daß wir polnisch werden. Es sei dies eine beschämende Tatsache. Ihr gegenüber sei daran festzuhalten, daß Thorn eine deutsche Stadt ist und bleiben muß. — Es wurde beschlossen, am 7. März nachmittags im Stadtverordnetensitzungssaale eine Besprechung darüber abzuhalten, in welcher Weise die Anregungen des Hauptredners verwirklicht werden könnten.

— **Thorner Bürgerausschuß.** In der am Mittwoch im Löwenbräu abgehaltenen Sitzung, über die wir gestern kurz berichteten, wurde als Delegierter für die zweite Tagung des Reichsbürgerrats in Leipzig am 30. März Kaufmann Adolf Krause und als Stellvertreter Sanitätsrat Dr. Wolpe gewählt. — Der Obmann Chefredakteur Wartmann teilte mit, daß bei den Ergänzungswahlen zum Thorner Arbeiterrat aus der vom Bürgerausschuß eingereichten Vorschlagsliste fünf Herren als Vertreter der bürgerlichen Berufsstände aufgenommen worden sind, nämlich Kaufmann Adolf Krause, Dr.-Ing. Raapke, Schneidermeister Sobczak, Chefredakteur Wartmann und Sanitätsrat Dr. Wolpe. Durch den Vorschlag dieser bürgerlichen Vertreter wurde erreicht, daß in der letzten Sitzung des Arbeiterrats auch ein bürgerliches Mitglied in den Vollzugsausschuß in der Person des Kalkulators Schulze gewählt worden ist. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Zentralrat der A.- und S.-Räte durch Beschluß auf dem Berliner Rätekongreß die Neuwahl sämtlicher A.-Räte verfügt hat, und daß diese Neuwahlen nach bestimmten Normen vorzunehmen sind; es müsse darauf gedrungen werden, daß auch der Thorner Arbeiterrat eine diesen Normen entsprechende neue Zusammensetzung erhalte. — Zur Angelegenheit der Gemeindewahlen führte der Obmann aus, daß diese nunmehr den politischen Parteien überlassen werden müßten, wenn auch zu wünschen sei, daß für die Auswahl der Kandidaten ihre kommunale Bewährung maßgebend sein müsse. Da die polnische Wählerschaft zweifellos die Absicht habe, eigene Kandidaten aufzustellen, konnte für den Bürgerausschuß nur infrage kommen, ein einiges Zusammengehen der übrigen Bürgerschaft herbeizuführen, um die politische Trennung des kommunalen Bürgertums möglichst zu vermeiden. Die Einigung für die Gemeindewahlen sei aber schon so gut wie gesichert, sodaß es sich für den Bürgerausschuß erübrige, die Wahlangelegenheit in die Hand zu nehmen. Der Wahlausschuß, den die politischen Parteien wahrscheinlich einsetzen werden und in dem auch der Bürgerausschuß vertreten sein dürfte, werde die Stelle sein, wo die verschiedenen Berufsstände ihre Wünsche für die Kandidatenfrage geltend machen könnten. Vorerst hätten wir es ja mit den Gemeindewahlen noch nicht zu tun, da diese für Westpreußen und Posen um einige Monate hinausgeschoben seien. Nach kurzer Aussprache stimmte die Versammlung dieser Stellungnahme zu. — Zum Schluß wurde die Frage erörtert, ob auch in Thorn die Bürgerschaft zu einem Gegenstreik greifen müßte, falls die hiesige Arbeiterschaft ebenfalls einen Generalstreik veranstalten würde, um bestimmte politische und sonstige Forderungen zu erzwingen. Die Versammlung sprach sich dafür aus, daß diese bürgerliche Abwehrmaßnahme für den Fall notwendig werdender Anwendung vorbereitet werden müsse, und erteilte dem Bürgerrat den Auftrag, mit dem Arbeitgeberverband und dem Beamtenrat darüber in Verhandlungen zu treten. — Anstelle des Rechtsanwalts Mielcarcewicz, der sein Amt niedergelegt, wurde Kaufmann Georg Dietrich zum Mitglied des neungliedrigen Bürgerrats gewählt.

— **Der Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Thorn** hielt gestern abend ½7 Uhr im Artushof eine Mitgliederversammlung ab, die der Vorsitzende des Vereins, Herr Paul Meyer, mit Worten der Begrüßung an die Erschienenen eröffnete. Der Abhandlung über die Lage des Hausbesitzes, die vom Geschäftsführer, Herrn Müller, verlesen wurde, ist folgendes zu entnehmen: Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß der Hausbesitzer nicht mehr Herr seines Eigentums und seines Besitzstandes ist, vielmehr muß er sich dem fügen, was über sein Besitzrecht bestimmt wird. Es kann nicht genug dem einseitigen Vorteil vieler, denen die schwierige Lage des Hausbesitzers nicht genügend bekannt ist, entgegengetreten werden. Herr Stadtverordneter Gerson ist in der Stadtverordnetensitzung am 19. 2. daher mit Recht den Ausführungen des Herrn Stadtrats Urbanski entgegengetreten, der den Hausbesitzern den Vorwurf machte, sie verhielten sich gegen die Vorlage über die Bürgschaft von 300000 Mark für Zwecke des Kleinwohnungsbaues ablehnend, um die Mieter weiter „drangsalieren" zu können. Herr Gerson hat nur allzu wahr gesprochen, wenn er behauptete, es gäbe keine Hausbesitzer mehr, sondern die Hausbesitzer wären von ihren Häusern besessen und hätten noch nicht soviel Verdienst wie mancher Arbeiter. Zwar hat der Reichstag große Mittel bereitgestellt, um den Kleinwohnungsbau zu unterstützen, doch damit ist die Wohnungsnot noch nicht beseitigt. Weit wichtiger als die Geldfrage ist augenblicklich die Rohstoffbeschaffung, die unter der fortdauernden Kohlennot ganz besonders schwer leidet. Den Wohnungsmangel hat der Hausbesitzer nicht verschuldet. Hauptsächlich fehlen 3-, 4- und 5-Zimmerwohnungen. Es ergeht daher an alle Hausbesitzer das dringende Ersuchen, große leer stehende Wohnungen zu teilen und jeden nur irgend verfügbaren Raum für Wohnzwecke herzurichten. Die Stadt hat sich bereit erklärt, Baugelder für diese Zwecke zinslich den Hausbesitzern zu überlassen. Die größte Gefahr droht dem Hausbesitz durch den Bolschewismus, nach dessen Lehren die Bürgerlichen vollständig rechtlos sind. Nach ihm ist das Erbrecht aufgehoben; alles, was der Tote hinterläßt, verfällt dem Staat. Es kann daher kein Zweifel walten, wie sich der Hausbesitzer zu den Spartakuslehren zu stellen hat. Früher gehörten die Hausbesitzer den verschiedensten Parteien an. Ob in Zukunft hierin eine Aenderung eintreten kann, ist eine Frage, über die die Hausbesitzerorganisationen zu beraten haben werden. Durch das neue Gemeindewahlrecht vom 24. 1. 19, das die Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs vorsieht, wird der Hausbesitz in hohem Grade betroffen. Man könnte sich über den Verlust dieses Privilegs, das man schon früher einer Aenderung zu unterziehen angestrebt hatte, hinwegsetzen, wenn die Sicherheit für den Weiterbestand des Hausbesitzes gewährleistet wäre. Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht nach dem System der Verhältniswahl findet auch auf die Wahl für die Gemeindevertretung Anwendung. Wohin dies in den Gemeinden führen muß, kann nicht zweifelhaft sein. Für den Hausbesitzer darf es nur ein Gebot geben, nämlich die bürgerlichen Parteien zu unterstützen. Der Vorstand des Vereins ist recht häufig zu Beratungen zusammengetreten. An seine Mitglieder richtet er die Mahnung, bei Kündigung von Wohnungen vorher die Einwilligung des Mietseinigungsamtes einzuholen und im Falle der Hypothekenkündigung seitens der Gläubiger die Gerichte um Stundung der Grundschuld auf 1 Jahr anzurufen. Nach dem Gesetz vom 11. März 1850 haften die Gemeinden für Beschädigungen, die durch Zusammenrottung, Aufruhr usw. entstehen, wenn die Forderung binnen 14 Tagen beim Gemeindevorstand angemeldet ist. Wie es mit der Ersatzleistung von Sachschäden bestellt ist, die unter der Einwirkung des Krieges entstanden sind, läßt sich noch nicht absehen. Bislang ist eine reichsgesetzliche Regelung nur für Ostpreußen und Elsaß-Lothringen erfolgt. Herr Paul Meyer bittet, dem Geschäftsführer Müller für die ausführlichen Darlegungen dankend, sich um Auskunfterteilung in Mietsstreitigkeiten usw. an die Geschäftsstelle des Haus- und Grundbesitzervereins zu wenden. Die Erhöhung der Wertobjekte, der Häuser und des Mobiliars, in der Versicherung ist dringend geboten. Bei der Aufstellung der Kandidaten für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung bittet Redner die Hausbesitzer zu berücksichtigen. Die nachstehende Aussprache, in der hauptsächlich Klagen gegen das angeblich einseitige Urteil des Mietseinigungsamts vorgebracht wurden, sollte erneut dartun, daß die Hausbesitzer ganz besonders schwer von den gegebenen Verhältnissen in Mitleidenschaft gezogen werden und daß ihre Klagen meistens nicht der Begründung entbehren. Die unverhältnismäßig hohen Preise, die für sämtliche Ausbesserungsarbeiten zu zahlen sind, machen den Hausbesitzer kopfscheu und vermögen ihn nicht zur Vornahme größerer Reparaturen zu bewegen. Wenn z. B. ein Hausbesitzer, wie aus der Versammlung laut wurde, für das Streichen eines Quadratmeters Fußboden 5 bis 6 Mk. zahlen soll, so wird er es sich vorher reichlich überlegen, ob er die Ausbesserungsarbeit jetzt oder später in Angriff nehmen wird. Herr Peting der in der Revolutionsnacht durch Plünderung seines Schaufensters einen Schaden von etwa 6500 Mark erlitt, rügte das Verhalten der Stadt, die sich weigerte, für die Ersatzpflicht einzutreten, mit der Begründung der von ihm gestellte Antrag auf Erstattung des Schadens sei nicht innerhalb der gesetzlichen 14tägigen Frist erfolgt. Herr Dombrowski wies auf die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses aller Vereinsangehörigen zu einer starken Gemeinschaft hin, die allein die berechtigten Ansprüche der Mitglieder am zweckmäßigsten vertreten kann. Der Magistrat und die Stadtverordneten haben beschlossen, der Kleinwohnungsbaugesellschaft 300000 Mark Bürgschaft zu gewähren. Das zeigt wie dringend es ist, in der Stadt Kleinwohnungen zu schaffen. In der Stadtverordnetenversammlung war man sich darüber einig, daß auch die private Bautätigkeit mit allen Mitteln gefördert werden müsse. Die besitzer werden dringend gebeten, durch Vergebung von Ausbesserungsarbeiten, auch wenn sie mit großen Kosten verbunden sind und erneute Opfer erheischen, die Arbeitslosigkeit herabzumindern. Wenn die Stadt Baustoffe zur Verfügung stellen und diese durch die Handelsgesellschaften den Hausbesitzern zugängig machen kann, so ist der Hausbesitzer auch in der Lage, größere Umbauten vorzunehmen. Daß die große Zahl der Arbeitslosen dauernd mit Erdarbeiten beschäftigt wird, ist ein unerwünschter Zustand, denn es muß danach gestrebt werden, die gelernten Arbeiter wieder ihrem früheren Berufe zuzuführen, und das geschieht am besten, wenn sich die Hausbesitzer entschließen, die an sich notwendigen Ausbesserungsarbeiten und Umbauten jetzt ausführen zu lassen. Dadurch wird auch viel zur Verhütung von Tumulten beigetragen. Herr Gruhnwald wundert sich nicht, wenn sich die Stadt gegen die Ersatzleistung für Schäden, die bei Ausschreitungen entstehen, ablehnend verhält. Das würde in vielen Fällen die Leistungsfähigkeit der betreffenden Gemeinde übersteigen. So sind z. B. in Marienburg Millionenwerte zerstört worden, die zu ersetzen

ür die Stadt einfach eine Unmöglichkeit ist. Es werde Sache des demnächst abzuhaltenden Hausbesitzertages sein, dahin zu wirken, daß eine Klärung dieser Frage der Zuständigkeit eintritt. Herr **Gerdom** findet die ablehnende Haltung der Stadt ebenfalls für ordnungsgemäß. Der preußische und deutsche Städtetag haben an die Nationalversammlung einen Gesetzentwurf gerichtet, demzufolge durch Ausschreitungen und Plünderungen entstandene Schäden vom Reich getragen werden sollen. In Bayern ist ein derartiges Gesetz bereits erlassen. Herr **Zakrzewski** fordert, daß es dem Hausbesitzer, wenn er größere Reparaturen ausführen lasse, erlaubt sein müsse, die Mieten entsprechend zu erhöhen. Mit einem Aufschlag von 5 bis 10 Proz. sei ihm da nicht gedient. Herr **Dombrowski** macht auf das starke Angebot von Baugeld aufmerksam. Allgemein werde die Hergabe von Hypotheken als die augenblicklich beste Kapitalsanlage angesehen. Der Zinsfuß sei niedrig. In der weiteren Aussprache kamen, wie schon erwähnt, in der Hauptsache Klagen über die einseitige Rechtsprechung des Mietseinigungsamts in Mietsstreitigkeiten zum Ausdruck. Wie sich während der Auseinandersetzung herausstellte, ist, seitdem Herr **Peting** sein Amt als Beisitzer im Mieteinigungsamt niedergelegt hat, kein Vertreter des Vereins in der Schlichtuugskommission mehr tätig. Nach Mitteilung des Vorsitzenden wird der Haus- und Grundbesitzerverein bei dem Magistrat gegen eine derartige Zurücksetzung der Hausbesitzer Einspruch erheben. Um 8.30 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

— **Der Sportverein „Vistula"-Thorn** hielt am Donnerstag seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete Bericht über den Stand der Sportplatzangelegenheit und über die Aufgaben, die dem in der Sitzung des Ortsausschusses für Jugendpflege gewählten Sportausschusse zufallen. Herr Kling regte die Bildung eines Sportverbandes der am Sportplatze besonders interessierten Vereine an. Die Prüfung und Durchführung dieses Schrittes soll dem Vorstande überlassen werden. Der Vorsitzende berichtete alsdann über die Neubildung der Tennisabteilung, für die bereits eine größere Anzahl Anmeldungen von Damen und Herren vorliegen. Deshalb sind zwei Plätze zur Pacht in Aussicht genommen. Der Preis für Tennisschläger ist auf das Doppelte gestiegen. Die größte Schwierigkeit liegt in der Beschaffung sprungfähiger Bälle, da die größten Sporthäuser Deutschlands Tennisbälle nicht auf Lager haben; doch hofft der Vorsitzende, dieser Schwierigkeit Herr zu werden. Alsdann erfolgte die Beschlußfassung über die neuen Satzungen. Bis auf kleine Abänderungen fanden sie die Zustimmung der Versammlung. Eine lebhaftere Aussprache entspann sich über die Rechte und Pflichten der Mitglieder, da eine Bestimmung hierüber ausdrücklich fortgelassen ist in der Erwartung, daß jedes aktive Mitglied es als Ehrenpflicht betrachten müsse, an allen sportlichen Veranstaltungen nach bestem Vermögen, d. h. also ohne Ausübung eines Zwanges, teilzunnehmen. Es wurde beschlossen, die Satzungen noch einmal der Kommission zur Aufnahme eines entsprechenden Paragraphen zurückzugeben. Zur Prüfung des vom Vorsitzenden vorgelegten Kassenberichts über Einnahmen und Ausgaben des Vereins während der Kriegsjahre wurden die Herren **Güte** und **Smolbocki** gewählt. In der vorangegangenen Vorstandssitzung wurden 9 Herren aufgenommen. Eine größere Anzahl Anmeldungen von Damen und Herren liegt noch vor.

— **Als zweites Opfer des Aufruhrs** am 28. v. Mts. ist in der letzten Nacht der Vizewachtmeister **Folger**, der einen Bauchschuß erhalten hatte, gegen 1/4 3 Uhr seiner schweren Verletzung erlegen.

— **Einbruch.** In der Nacht vom 6. zum 7. d. Mts. ist in einem Schuppen der Uferbahn ein Einbruch verübt worden. Es sind mehrere Gegenstände entwendet und verschiedene Sachen stark beschädigt worden. Zweckdienliche Angaben, die, wenn sie zur Feststellung der Diebe führen, hoch belohnt werden, sind zu richten an den Uferbahnspediteur Gottlieb Riefflin Nachf. Heiligegeiststraße 1.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Donnerstag, den 6. März. Windig, wolkig, Regenschauer.

Zum 8. März.

Der Gedenktag des 350jährigen Bestehens des hiesigen Gymnasiums wurde heute vor einem Jahre festlich begangen. Diese Feier wird besonders den Schülern in Erinnerung bleiben. Leider war es unzähligen Feldzugsteilnehmern nicht vergönnt, zum Jubelfeste zu erscheinen. Galt es doch, das gymnasium academicum zu feiern, die Stätte, an der Thorns Söhne ihre Bildung genossen, welche sie verlassen, um für Deutschlands Ehre zu streiten.

Viele zogen aus, um nimmer wiederzukehren. Durch die Stiftung der Eltern eines ehemaligen Mitschülers, Karl Stein, der auf dem Felde der Ehre geblieben, wurde die Liebe zum Vaterlande und zu dem Thorner Gymnasium bekundet.

Welch ein Unterschied in dem Zeitraum von einem Jahre. Damals Ringen mit den Völkern, heute Ringen mit dem Volke, das nicht in unseren Reihen stehen will. Damals eine ernste Zeit, heute eine noch ernstere, ein schreckliches Interregnum. Deutschland ward nie bezwungen, solange es einig ward! Dies hat der langwierige Krieg bewiesen, und jetzt? Ein Chaos, ein fürchterliches Durcheinander. Hoffentlich gelangen die erregten Gemüter bald zur Besinnung, damit Eintracht und Frieden ihren Einzug finden. Das vielumstrittene Thorn sieht mit Stolz auf das altehrwürdige Gymnasium. Auf der wunderschönen Denkmünze, die zum vorjährigen Ehrentage gewidmet, schwebt der Engel über unserm Gymnasium, der gewissermassen zuruft: pax vobiscum! Dieser Gedanke sollte auch in Erfüllung gehen.

Ueber die vorjährige Feier ist eingehend geschrieben worden, sie soll jedem Thorner Schüler alljährlich in Erinnerung kommen.

Die Festreden in der Aula des Gymnasiums, der Herren Gymnasialdirektor Ganske, Provinzialschulrat Gall, Bürgermeister Stachowitz, Geheimen Sanitätsrats Dr. Meyer, waren herrlich; sie zeugten von der Liebe zu der Schule und zu den Schülern.

Die Reden an der Festtafel im Artushof gipfelten in der Verehrung für das alte schöne Thorn, in der Coppernicus einst geboren, besonders aber ehemaliger Schüler zu den Lehrern. Bei dieser Gelegenheit wurde auch mehrerer Lehrer dedacht, die bereits heimgegangen. Nun möchte ich noch einigen geschätzter Lehrer gedenken, die an jenem Tage nicht gewürdigt wurden und der Geschichte des hiesigen Gymnasiums einzuverleiben sind.

Des Oberlehrers Dr. **Gründel**, des begabten Musikers, der anläßlich 300jährigen Feier ein stimmungsvolles Lied, auch sonstige Lieder, verfaßt hat, der durch seine Milde und tadellosen Witze die Gemüter seiner Kollegen und der Schüler erfreute. Bemerkenswert ist dessen Erwiderung, wenn ein Schüler, der eine Frage nicht beantworten konnte, zu raten begann: „Fang nur nicht zu raten, denn zum Raten gehört Verstand, und den hast Du nicht. Setz Dich!" Es folgte noch eine entsprechende Bezeichnung des Schülers. Da sich dieser Vorgang häufig wiederholte, stimmte die ganze Klasse in dieses Verslein ein. Auch des Professors Dr. Maximilian **Curtze**, des Askaniers, des berühmten Mathematikers — nach ihm ist der „Philosophenweg", nahe Mellienstraße bezeichnet — der von den 48 bestehenden Beweisen 42 Beweise des Pythagoräischen Lehrsatzes liefern konnte, während manchem Realisten ein Beweis schwer wurde, der beim Eintritt in die Klasse, falls die Tafel mit allerhand Pracht ausgestattet war, den primus verwies: abstergeas quaeso tabulam, dieses Wissenschaftlers, der für seine Werke von dem Könige von Italien mit einem hohen Orden ausgezeichnet wurde.

Ferner gedenke ich in Liebe des Professors Dr. **Horwitz**, meines geschätzten Verwandten, des Lateiners und Griechen, des hervorragenden Redners, des begeisterten Verehrers Immanuel Kants, der dessen Lehren als Student später im Coppernicusverein, seine sonstigen Wissenschaften in mehreren Vereinen, auch vor den Schülern mit glühendem Eifer, als Gelehrter verherrlicht hat. Meine heutigen Erinnerungen schließe ich mit dem nochmaligen Wunsche: Gymnasium Thorunense vivat, crescat, floreat.

Adolf Lipski.

---

u. Wiesenburg. Landarbeiterstreik. Donnerstag mittag ist ein Teil der hiesigen Gutsarbeiter in den Streik zur Erzwingung höherer Löhne eingetreten. Die Instleute, die die Arbeit aufnehmen wollten, wurden von den Rädelsführern mit Gewalt daran gehindert.

Riesenburg. Leichenfund. Vor einiger Zeit wurde auf dem Grundstück des Gutsbesitzers D. in **Gunten** im Abort eine neugeborene Kindesleiche gefunden. Als Mutter dieses Kindes soll das 18 Jahre alte Dienstmädchen Grete F. in Frage kommen, die am 28. Februar d. Js. am Sorgensee im Liebefluß als Leiche geborgen wurde. Ob ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, ist noch nicht bekannt.

Dt. Eylau. Der Raubmörder **Seidlitz**, der den Rentenempfänger Radtke ermordete und beraubte und dann aus der Militärarrestanstalt entwich, ist wieder ergriffen. S. hatte sich nach Konradswalde bei Bischofswerder gewandt und dort bei einem Besitzer Arbeit genommen. Am Sonntag erschien nun der Musketier **Effta** vom Heimatschutz, der die Spur des Mörders verfolgte, als Strolch verkleidet und sprach um ein Nachtlager bei diesem Besitzer vor. Er übernachtete mit Seidlitz im Stall zusammen. Im Laufe der Unterhaltung fand Effta seine Vermutung bestätigt. Unter dem Vorwande, aus dem Gasthause noch Zigaretten und Schnaps zu holen, benachrichtigte E. seine Kameraden.

Danzig. Der angeschossene Einbrecher. Nachdem in der vergangenen Woche bei dem Schneidermeister **Jundel** eine Menge Stoffe und Tuche gestohlen waren, wurde in der Nacht zum Dienstag bei J. wieder ein Einbruch versucht. Gegen 1 1/2 Uhr erwachte J. den „Danz. N. N." zufolge durch ein auffälliges Geräusch. Bei näherem Hinhören stellte er fest, daß Einbrecher mittelst Stemmeisens die Tür zu seiner Wohnung zu erbrechen versuchten. Er gab einen Schreckschuß ab, worauf sofort alles ruhig wurde. Nach fünf Minuten setzten die Einbruchswerkzeuge wieder verstärkt ein. Jundel schoß darauf durch die Tür gegen die Stelle, wo er die Einbrecher vermutete. Eilige Schritte draußen ließen erkennen, daß die Verbrecher flüchteten. Nach Oeffnen der Tür bemerkte J. starke Blutspuren, die vermutlich von der Verletzung der rechten Hand des Einbrechers herrühren.

Danzig. Amerikanische Lebensmittellieferungen für Danzig. Die „Danz. Ztg." schreibt: Es ist gelungen, von der hier weilenden amerikanischen Lebensmittel-Kommission die feste Zusage zu erhalten, der Bevölkerung der Stadt Danzig einige tausend Zentner amerikanisches Schweinefett (Schmalz oder Speck) zu überlassen. Die Verhandlungen darüber, wann die erste Lieferung erfolgt, sind noch nicht abgeschlossen, jedoch kann es als sicher angenommen werden, daß eine Teilration der Danziger Bevölkerung schon in allernächster Zeit zugeführt werden kann. Es handelt sich um 10 000 Zentner, so daß bei einer Bevölkerung von über 200 Tausend Personen auf jeden Kopf rund 5 Pfd. kommen dürften. Die Amerikaner sollen an die Ueberlassung dieser Lebensmittel die Bedingung geknüpft haben, daß in Danzig auch weiterhin alles ruhig bleibt. Die Amerikaner sind seit dem Eintreffen ihrer Lebensmitteldampfer auch in anderer Weise sehr entgegenkommend gegen diejenigen Arbeiter, die beim Entladen der Dampfer beschäftigt sind. Jeder dieser Arbeiter erhält wöchentlich eine Menge von 4 Pfd. Mehl und ein Fleischquantum.

Danzig. Ein guter Fang glückte der Kriminalpolizei, indem sie zwei gefährliche Räuber, den Kaufmann, ehemaligen Gefreiten Bruno **Sinkert** aus Prinzental bei Bromberg und den Telegraphisten Otto **Prieskorn** aus Bischofswerder in einem hiesigen Hotel verhaftete. Beide haben am 17. Februar in Sehlen dem Besitzer Nowack und dem Gastwirt Neumann 4500 Mark unter Bedrohung mit der Waffe geraubt und wurden von der Staatsanwaltschaft in Konitz gesucht. Die Verhafteten, die inzwischen dem Gerichtsgefängnis überwiesen worden sind, haben offenbar die Absicht gehabt, das Feld ihrer Tätigkeit nach Danzig zu verlegen, denn es wurde bei ihnen Einbrecherwerkzeug neuester Konstruktion vorgefunden.

Tilsit. Kirchhofsschändung. Die Militärverwaltung hatte 1916 auf einem Teil der 150 Kriegergräber des katholischen Friedhofes weiße Porzellankreuze niederlegen lassen. Bubenhände haben jetzt diese Kreuze aufgenommen und zu einem Scherbenhaufen zusammengeworfen. In den Gärbern ruhen Helden, die zumeist bei der Wacht vor der Stadt Tilsit und an der Dubissa ihr Leben gelassen haben.

Bromberg. Einbrecher drangen nachts in das Zahlmeister-Geschäftszimmer in der Kaserne des Inf.-Rgts. Nr. 14. Die Ordonnanz, die neben dem Geschäftszimmer schlief, wurde gefesselt aufgefunden und gab an, von den Einbrechern überfallen und gebunden worden zu sein. Als der Soldat von der Kriminalpolizei ins Verhör genommen wurde, gestand er schließlich ein, selbst bei dem Einbruch beteiligt gewesen zu sein. Als Täter wurden die Soldaten Wilhelm **Barczynski**, Konrad **Wallburg** und Paul **Osinski** ermittelt. Sie hatten zwei Kassenkästen und eine eiserne Kassette erbrochen und daraus etwa 30 000 Mk. geraubt, wovon ein großer Teil wieder herbeigeschafft werden konnte.

Thorner Schöffengericht.

Thorn, 4. März.

Die Sittendirne Leokadia **Thimm** wurde beschuldigt, sich der ärztlichen Kontrolle entzogen, sich nachts auf der Straße herumgetrieben zu haben, aus dem Krankenhause während der Kur entwichen zu sein und von einem gefälschten Ausweise Gebrauch gemacht zu haben. In diesem war sie als „Telephonistin" bezeichnet, die sich nach 11 Uhr abends auf dem Dienstwege befände. Das Schöffengericht erkannte auf 7 Wochen 3 Tage Haft und Ueberweisnng an die Landespolizeibehörde und verhängte wegen Fluchtverdachts ebenfalls sofortige Verhaftung.

Wegen Diebstahls und Körperverletzung war die unverehelichte Marianna **Nalaskowski** angeklagt. Sie hat der Frau Pomplowski ein Kleid genommen, unter dem Kopfkissen ihres Bettes versteckt, es dann aber wieder zurückgegeben. In einem Streit hat sie die Frau P. geschlagen. Dies soll sie durch 3 Tage Gefängnis büßen. Von der Anklage des Diebstahls wurde sie freigesprochen.

Wegen Verkaufsverweigerung war gegen den Besitzer Friedrich **Henkelmann** aus Thorn-Mocker ein Strafbefehl auf 30 Mark Geldstrafe erlassen, gegen den er Einspruch erhoben hatte. Als Henkelmann am 19. Nov. v. Js. mit seinen Gartenerzeugnissen auf dem Thorner Wochenmarkte ausstand, wollte Frau Lokomotivführer Dollny von ihm 4 Pfd. Kürbis kaufen. Henkelmann entgegnete, den Kürbis nur dann abzugeben, wenn Frau Dollny auch Mohrrüben kaufe. Frau Dollny rief nun einen Polizeibeamten herbei, der den Kürbis beschlagnahmen wollte, was ihm aber nicht gelang. Der Beamte bekundete in der Beweisaufnahme, daß Hausfrauen mehrfach über Henkelmanns Verhalten auf dem Wochenmarkte Klagen geführt haben. Der Amtsanwalt beantragte für die Verkaufsverweigerung eine Geldstrafe von 50 Mk. Das Schöffengericht erachtete das Vergehen genügend durch 30 Mk. Geldstrafe geahndet.

Thorn, 5. März.

Wegen Diebstahls war das 25jährige Dienstmädchen Lydia **Schulz** aus Schmolln angeklagt. Im vorigen Jahre diente die die Schulz bei der Besitzerfrau Krüger in Alt-Thorn, der sie zwei Gläser mit etwa 5 Pfd. Schmalz, eine Morgenjacke, Filzschuhe, Gardinenspitzen, Stickgarn, einen Schlips, ein Stück Leder, ein Stück Leinwand, 2 Blusen und einen Teller mit Grieben im Gesamtwerte von 200 Mk. entwendete. Das Gericht erkannte auf 3 Tage Gefängnis.

Dem Packer Hans Walter **Selke**, Blücherstraße 28, wurde Diebstahl zur Last gelegt. Er war im Herbst 1917 beim Spediteur Siegel beschäftigt. Gelegentlich eines Umzuges aus der Weichselkaserne eignete er sich einen seidenen Damenmantel und Stoff zu einem Himmelbett an. Diese Sachen wurden später in seiner Wohnung vorgefunden. Da Selke schon mehrfach vorbestraft ist, wurde er wegen des Diebstahls zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 9. März 1919.

Evangel. Kirchengemeinde Seglein. Vorm. 10 Uhr: Haupt - Gottesdienst. Nachm. 1/2 3 Uhr: Kinder-Gottesdienst. Herr Pfarrer Franz.

Evangel. Kirchengemeinde Gr. Bösendorf. Vorm. 10 Uhr in Gr. Bösendorf Gottesdienst.

Amtliche städtische Bekanntmachungen.

Thorn. 8. 3. 1919.

Anordnung.

Auf Grund der §§ 60 und 67 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 (Reichsgesetzblattseite 435) und der Ausführungsanweisung hie zu vom 12. Juni 1918 wird hiermit bestimmt:

§ 1. Es werden folgende Höchstpreise für die Abgabe von Mehl aus Brotgetreide und von Brot (Semmeln) für den Umfang des Regierungsbezirks Marienwerder festgesetzt:

Für die Abgabe von Mehl an Bäcker oder Mehlhändler zum Verbacken oder zum Weiterverkauf an die Verbraucher:

a. für 1 Ztr. Roggenmehl . . . . 22.00 M.
b für 1 Ztr. Weizenmehl . . . . 23.00 M.

Für die Abgabe von Mehl an die Verbraucher gegen Brot- und Mehlmarken:

a. für 1 Pfd. Roggenmehl . . . . 28 Pf.
b. für 1 Pfd. Weizenmehl . . . . 29 Pf.

Für die Abgabe von Brot (Semmeln) an die Verbraucher gegen Brot- und Mehlmarken:

a. für 1 Pfd. Roggenbrot . . . . 28 Pf.
b. für 1 Pfd. Weizensemmel . . . . 30 Pf.

Für Brothändler, die nicht Bäcker sind und Brot verkaufen, können die Vorstände der Kommunalverbände allgemein oder in Einzelfällen die Erhebung eines angemessenen Zuschlages auf den Höchstpreis für Roggenbrot gestatten.

§ 2. Die an dieser Anordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (R. G. Bl. S. 516), in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (R. G. Bl. S. 25), vom 23. März 1918 (R. G. Bl. S. 183) und vom 22. März 1917 (R. G. Bl. S. 253).

Ueberschreitungen der Höchstpreise werden nach den Strafvorschriften der in Absatz 1 angegebenen Bekanntmachungen sowie der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 (R. G. Bl. S. 435) bestraft. Der Versuch ist strafbar.

§ 3. Diese Anordnung tritt am 3. März 1919 in Kraft.

Marienwerder, den 24. Februar 1919.

Der Regierungspräsident.
J. V.
gez. Unterschrift.

Der Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrats.
gez. Unterschrift.

Veröffentlicht am 7. März 1919.

Der Magistrat.

Abgabe der Umsatzsteuererklärung

über die im Monat Januar 1919 vereinnahmten steuerpflichtigen Entgelte für Luxussteuer.

Auf Grund des § 45 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 **sind die Umsatzsteuererklärungen über die im Monat Januar 1919 vereinnahmten steuerpflichtigen Entgelte für Luxusgegenstände** dem unterzeichneten Umsatzsteueramte, Rathaus 2 Tr., Zimmer 48, einzureichen oder die erforderlichen Angaben an den Wochentagen vormittags zwischen 9 bis 12 Uhr mündlich zu machen.

Die Vordrucke können bei dem unterzeichneten Steueramte kostenlos in Empfang genommen werden.

Nach § 17, Abs. 5 des oben genannten Gesetzes kann dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, ein Zuschlag bis zu zehn vom Hundert der endgültig festgestellten Steuer auferlegt werden.

Der Magistrat. Umsatzsteueramt.

Abgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 10. bis 22. März 1919 **können auf Lebensmittelkarte**

in den kaufmännischen Geschäften

bezogen werden:

Auf Abschnitt Nr. 26 K 125 Gr. Haferflocken Höchstpreis 63 Pfg. für 1 Pfund,
„ „ **Nr. 27 K 125 Gr. Graupe, Höchstpreis 44 Pfg.** für 1 Pfund,
„ „ **Nr. 28 K 125 Gr. Auslandsweizenmehl, 94% Ausmahlung, Preis 1,50 Mk. für 1 Pfund,**
„ „ **Nr. 29 K 125 Gr. Suppen, Preis 1,00 Mk. für** 1 Pfund,

(oder je 6 Portionen Essen im Kriegsspeisehaus.)

Auf Abschnitt Nr. 30 K 500 Gramm Sauerkraut, Preis 33 Pfg. für 1 Pfund.
„ „ **Nr. 31 K 250 Gr. Kunsthonig, Preis für gepackte Ware 80 Pfg. für 1 Pfund, Preis für lose Ware 78 Pfg. für 1 Pfund.**
„ „ **Nr. 32 K 250 Gr. Marmelade, Preis 1 Mk. für** 1 Pfund,
„ „ **Nr. 33 K 100 Gr. Sülze, Preis 3,60 Mk. für** 1 Pfund.

Das Auslandsweizenmehl ist nur in solchen Geschäften erhältlich, welche inländisches Mehl nicht zum Verkauf haben.

Alle hier aufgerufenen Abschnitte verlieren mit dem 22. März 1919 ihre Gültigkeit.

Ohne Marken werden in den Städt. Verkaufsstellen abgegeben: **Brühwürfelextrakt, Ersatzbrühwürfel, Tafelsenf, Dörrzwiebeln und Salz.**

Thorn, den 4. März 1919.

Der Magistrat.

Verlust von Lebensmittelkarten.

Hütet die Brotkarte und Lebensmittelkarte.

Nehmt beim Ausgange nie mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.

Verlust der Marken bedeutet Hunger leiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

Der Magistrat.

Stipendien an Studierende.

Wir beabsichtigen, einige in letzter Zeit zurückbehaltene

Stipendienbeträge

für das kommende Sommersemester zu vergeben und sehen Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufs, vorhandener Zeugnisse und mit genauer Angabe etwaiger sonstiger beantragter oder zugewiesener Zuwendungen sowie der zu besuchenden Universität bis zum 15. d. Mts. entgegen.

Der Magistrat.

In dem Gebäude der Bedürfnisanstalt auf dem Neustädtischen Markt hierselbst ist ein

Verkaufsraum

zu vermieten.

Angebote mit näherer Bezeichnung der beabsichtigten Versendung sind bis **Sonnabend, den 15. März d. Js. bei Herrn Bürodirektor Koch,** Zimmer Nr. 19 des Rathauses — 1 Treppe — einzureichen.

Die Vermietungsbedingungen können vorher im Rathauszimmer Nr. 18, 1 Treppe, eingesehen werden.

Der Magistrat.

Große Versammlung

im Maurer-Amtshaus, der

Bäcker und Konditoren

am Sonntag, den 9. März 1919, nachmittags 5 Uhr.

Hierzu werden sämtliche Kollegen und Kolleginnen eingeladen. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erforderlich.

Wahl zum Fach-Ausschuß.

Zahlstelle Thorn.

Herzliche Einladung.

Zu den vom 9 März 1919 bis 14 März 1919 im Saale des Hotels „Zum Kronprinzen" in Podgorz, nachmittags 4 und abends 7 Uhr, stattfindenden Versammlungen, hochinteressante Vorträge, laden wir jedermann dringend ein.

Die Christliche Gemeinschaft.

Treudeutsche Männer!

Die Heimat ist in Gefahr!

Jeder der Interesse hat, deutsche Landesteile vor gewaltsamer Loslösung zu schützen, melde sich beim

Festungs-Freikorps Thorn,

Wrangelkaserne, Schulstraße.

Mobile Löhnung und Verpflegung. — 5 Mk. Tageszulage

Bedingungen: Vollständige Ausbildung, ordnungsmäßige Entlassungs-Papiere, gute Disziplin, regierungstreue und vaterländische Gesinnung.

In das Handelsregister Abt. A ist die Firma **Gaston Strauss** in Thorn und als Inhaber: Kaufmann **Gaston Strauss** in Thorn eingetragen worden.

Thorn, den 14. Februar 1919.

Amtsgericht.

In das Handelsregister Abt. A ist die Firma **Theophil Wisniewski** in Thorn und als ihr Inhaber: Kaufmann **Theophil Wisniewski** in Thorn eingetragen worden.

Thorn, den 14. Februar 1919.

Amtsgericht.

Vom Donnerstag, den 6. bis einschließlich Sonnabend, den 8. März werden **Fracht- und Eilstückgüter zur Beförderung nicht angenommen.** Zugelassen sind nur eilige Lebensmittelsendungen, die als Eilgut oder beschleunigtes Eilgut aufgeliefert werden.

Bromberg, den 4 März 1919.

Eisenbahndirektion.

Verdingung.

Die zum Neubau von

40 Kleinwohnhäusern

erforderlichen

Bauarbeiten

und zwar
Los I Erd- und Maurerarbeiten,
Los II Zimmerarbeiten

sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden, wozu ein Termin auf **Sonnabend, den 8. März**, vormittags 11¼ Uhr im Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer 55 anberaumt ist.

Die Angebote sind versiegelt und mit entsprechender Aufschrift

bis zum 8. März,
vormittags 11 Uhr,

an Herrn Bürodirektor Koch, Rathaus, Zimmer 18, einzureichen.

Verdingungsunterlagen können, soweit der Vorrat reicht, zum Preise von

1,00 Mark für Los I,
0,50 „ „ Los II

vom Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer 58, woselbst auch die Zeichnungen und Bedingungen einzusehen sind, bezogen werden.

Alle Rechte für Verteilung der Arbeiten werden vorbehalten.

Thorn, den 27. Februar 1919.

Gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft m. b. H.

2 Schneidergesellen

gute Rockschneider, I. Tarif, für sofort gesucht.

M. Felka, Allenstein,
Magisterstraße 9.

Klempnerlehrlinge

stellt sofort oder später ein mit Kost und Logis oder gegen Kostgeld.

Hugo Scholz,
Installation und Klempnermeister, Mellienstraße 74.

Lehrlinge

für Bau- und Kunstglaserei, speziell Bildereinrahmungen stellt ein

Emil Schütze, Glasermeister, Klosterstraße 8.

Ein kräftiger, sauberer

Laufbursche

sofort gesucht. **Friedrich Hecktor.**

Best empfohlenes

Hausmädchen

für deutschen Haushalt von sogleich gesucht

Angebote unt. **E. T. 330** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kriegsentlassener, verheirateter Zimmerer mit Kindern sucht vom 1. 4. 19 eventuell später Stellung als

Hofzimmermann,

auch Ausführung nach Zeichnung jeder Arten Arbeiten, bewandert auch in Mauerarbeiten. Angebote unter **B. 334** an die Gesch. d. Ztg.

Uebergangshut

neu, 20 Mark, zu verkaufen.
Konduktstraße 38, Hof.

Wörterbuch der Staatswissenschaften (8 Bd.) u. Volkswirtschaft

zu verk. Brombergerstraße 62, pt.

3 m Blasen-Spachtelstoff

und

Rodelschlitten (zweisitzig)

zu verkaufen.

Parkstraße 29 III, r.

Neue und guterhaltene Damen-Garderoben, Hüte, Kinderbadewanne u. Küchen-Sachen verkäuflich.

Zu erfragen **Altstädt. Markt 26,** Zigarrengeschäft.

Zu verkaufen: Ovaler Tisch, Rauchtisch, Kleiderständer, Stativ, Uniformrock, Militärmütze, 4 große Bilderrahmen, Krockettspiel, Wurstmaschine. Leibitscherstraße 27, pt.

Schützenhaus.

Kleiner Saal. Schloßstraße 9.

Sonnabend und Sonntag:

Kaffee-Kränzchen

verbunden mit Kappenfest und Bockbier.

Vorzüglichen Kaffee und Kuchen. Anfang 4 Uhr.

Viktoria-Park.

Sonnabend und Sonntag:

Grosser Ball.

Sonnabend Anfang 5 Uhr. Sonntag Anfang 3 Uhr.

Restaurant Schlüsselmühle.

Sonntag, den 9. März 1919:

Tanz-Kränzchen.

Anfang 4 Uhr! Anfang 4 Uhr

Tanzlehr-Institut M. Toeppe-Plaesterer.

Beginn der neuen Kurse am Dienstag, d. 25. März

Anmeldungen erbeten **Mauerstrasse 52, p. l.**

Aus dem Felde zurück, nehme meine Kurse für

Tanz- u. Anstandslehre wieder auf.

Neueste Tänze.

Der nächste Kursus beginnt am Freitag, d. 21. März, abends 7 Uhr im Hotel „Drei Kronen." Anmeldungen daselbst und in der Buchhandlung von C. F. Steinert erbeten.

Hans Held, Lehrer der Tanzkunst, Altst. Markt 12 III.

1 Sofatisch

zu verkauf. **Konduktstr. 29** im Laden.

Einige Zentner

Seradella

zur Saat für Selbstverbraucher hat noch abzugeben

Leibitscher Mühle, Thorn.

20—30 000 Mark

als Hypothek zur 2. Stelle gesucht Ang unter **A. S. 333** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Ein fast neuer, eleganter

Sportliegewagen

auf Gummirädern wird zu kaufen gesucht. Zu erfr. **Gerstenstr. 14 II r.**

Alte Rollwagen

zu kaufen gesucht. **Ludwig Szymanski,** Baderstr. 26. Tel. 909

Zahn-Atelier E. Hoernecke,

Neustädtischer Markt 11

Sprechstunden 9—1 u. 2—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr.

Kranz- und Schloßdärme

zur Hausschlachtung empfiehlt

Johanna Kuttner, Thorn-Mocker.

Lohnschnitt

übernimmt **Georg Michel,** Dampfsägewerk u. Holzbearbeitungsfabrik, Thorn-Mocker, Fernruf 661.

Frühbeetfenster

aus bestem 4½ cm starkem Kiefernholz 1,56×0,94 und 1,50×1,00 m groß mit 2 Sp. à 7 Mark, 3 Sp. à 8 Mark, unverglast, sowie zugeschnittenes **Gartenglas, Glaserkitt und Glaserdiamanten** offeriert **A. Meyer,** Frühbeetfensterfabrik, Graudenz.

Stadt-Theater

Sonnabend, 8. März, 6 Uhr: Ermäßigte Preise! Neu einstudiert!

„Flachsmann als Erzieher".

Sonntag, 9. März, nachm. 2 Uhr: Ermäßigte Preise! Zum 3. Male!

„Hannerl".

Abends 5½ Uhr: Zum 5. Male!

„Die Faschingsfee".

Zur gefl. Beachtung! Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß am Sonntag die Nachmittagsvorstellung schon um 2 Uhr, und die Abend-Vorstellung um 5½ Uhr beginnt.

In der Nacht vom 6. zum 7. d. Mts. ist in einem **Schuppen der Uferbahn** ein

Einbruch verübt

worden. Es sind mehrere Gegenstände entwendet und verschiedene Sachen demoliert worden.

Zweckdienliche Angaben, die, wenn sie zur Feststellung der Diebe führen, hoch belohnt werden, sind zu richten an den

Uferbahnsyndikus
Gottlieb Rieflin Nachf.,
Heiligegeiststraße 1.

Goldeinkauf

zur Selbstverarbeitung, sowie Silber, Edelsteine und Uhren kauft zu Höchstpreisen.

Juwelier **Feibusch,**
Brückenstraße 14, 2.

Meine Wohnung

befindet sich jetzt

Brombergerstraße 39,
Erdgeschoß.

Sprechstunden

halte ich von Donnerstag, den 6. März 1919, wie bisher ab.

Dr. med. Gelderblom,
prakt. Arzt.

Frdl. möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension ab 1. April von Herrn gesucht. Ang. m. Preisang. u. Nr. 332 a. d. Geschst. d. Ztg.